

## Gipfeltreffen der Koalition

BERLIN (sal) - Bei einem Dreiertreffen am kommenden Sonntagmittag in Berlin wollen Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer und SPD-Partei- und SPD-Chef Sigmar Gabriel die anstehenden Probleme in der Großen Koalition besprechen. Zuerst treffen sich Merkel und Seehofer allein. Nach den neuesten Angriffen Seehofers auf „die Berliner Politik“, die die Leute so nicht wollten, dürfte genug Gesprächsstoff gegeben sein.

Später stößt Sigmar Gabriel hinzu. Obenan stehen Themen, an denen die Länder beteiligt sind, wie die Erbschaftsteuer und die Bund-Länder-Financen. Der Erbschaftsteuer-Entwurf, auf den sich die Große Koalition geeinigt hatte, wurde zunächst von Bayern blockiert, später im Bundesrat dann von SPD und Grünen.

Für eine Neuordnung der Bund-Länder-Financen wird die Zeit knapp, denn sie sollte nicht in den Bundestagswahlkampf geraten. Außerdem soll über die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten gesprochen werden, die vor allem die Grünen blockieren. Auch das Thema innere Sicherheit wird eine große Rolle spielen. Seehofer drängt überdies darauf, nach den Wahlen von Mecklenburg-Vorpommern darüber zu reden, wie man das Vertrauen der Menschen wiedergewinnen kann.

## Kurz berichtet

### Studie: Neue Arzneimittel bringen oft nur wenig

BERLIN (dpa) - Neue Arzneimittel gegen Krebs und andere schwere Krankheiten bringen trotz hoher Zusatzkosten laut einer Studie oft nur wenig für die Patienten. Von 23 neuen Mitteln des Jahres 2013 seien 13 negativ zu bewerten, heißt es in einem in Berlin vorgestellten Innovationsreport im Auftrag der

Techniker Krankenkasse (TK). Gegen Volkskrankheiten wie Bluthochdruck oder Rückenschmerzen gebe es gar keine neuen Medikamente. „Der Anteil der nicht innovativen Arzneimittel überwiegt“, sagte der Studienautor Gerd Glaeske, Gesundheitsforscher der Universität Bremen.

### OECD traut Deutschland schnellere Job-Integration zu

BERLIN (epd) - Bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt kann Deutschland nach Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) heute erfolgreicher sein als noch vor wenigen Jahren. Es bestehe Hoffnung, weil die Beschäftigungssituation insgesamt gut sei und viele Verbesserungen für die Integration gemacht worden seien, sagte OECD-Experte Thomas Liebig bei der Vorstellung einer Erhebung von Daten aus dem Jahr 2014. Damals dauerte die Job-Integration sehr lang, Deutschland war in vielen Punkten Schlusslicht.

### Scharfe Kritik am geplanten Ceta-Abkommen

BERLIN (epd) - Wenige Wochen vor der geplanten Unterzeichnung des umstrittenen Ceta-Abkommens haben Umweltschützer und Gewerkschafter eindringlich vor dem künftigen Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada gewarnt. Europäische Umwelt- und Verbraucherschutzstandards würden dadurch abgesenkt, kritisierte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Berlin. Die Gewerkschaft Verdi forderte weitere Nachbesserungen bei Ceta. Das Ceta-Abkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement) soll laut Plan Ende Oktober zwischen der EU und Kanada endgültig unterzeichnet und danach von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. 30 Organisationen rufen unter dem Motto „Ceta & TTIP stoppen!“ für den 17. September in sieben deutschen Städten zu Großdemonstrationen auf.

# Der große Sturm bleibt aus

Regierung zeigt Zusammenhalt - Merkel verteidigt im Bundestag die Flüchtlingspolitik

Von Marvin Weber

BERLIN - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat in der Generaldebatte des Bundestages am Mittwoch die Kritik an ihrer Flüchtlingspolitik zurückgewiesen und ihre Marschroute verteidigt. Entgegen der Erwartungen blieb der große Sturm, auch von Seiten der SPD, gegenüber der Kanzlerin aus. Die Koalition setzte auf Geschlossenheit.

„Wenn wir uns an die Generaldebatte vor einem Jahr erinnern, in Zeiten, in denen sehr viele Flüchtlinge zu uns gekommen sind, haben wir seitdem bereits sehr viel erreicht. Die Situation heute ist um ein Vielfaches besser als noch vor einem Jahr, für alle von uns“, sagte die Kanzlerin. Man habe im vergangenen Jahr mit den Asylpaketen, dem Integrationsgesetz und den verbesserten Abläufen bei der Registrierung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einiges optimiert, so Merkel.

### „Flüchtlingssituation verbessert“

Auch auf internationaler Ebene sei die Flüchtlingssituation durch das EU-Abkommen mit der Türkei und durch besser geschützte Außengrenzen verbessert worden. „Seit dem Inkrafttreten des Abkommens sind so gut wie keine Flüchtlinge mehr in der Ägäis ertrunken“, sagte Merkel.

Deshalb sei die Vereinbarung mit der Türkei ein Modell für weitere Zusammenarbeit mit Ägypten, Tunesien oder Libyen. Trotz aller Erfolge sieht die Bundeskanzlerin vor allem bei der Integration der Flüchtlinge und bei der Rückführung nicht anerkannter Asylbewerber noch Handlungsbedarf.

„Das Land hat sich seit der Gründung der Bundesrepublik immer wieder verändert, und Veränderung ist nichts Schlechtes. Deutschland wird Deutschland bleiben - mit allem, was uns daran lieb und teuer ist“, betonte Merkel. Im Umgang mit der AfD mahnte die Kanzlerin zur Mäßigung der Sprache und forderte ein geschlossenes Auftreten aller



„Die Situation heute ist um ein Vielfaches besser als noch vor einem Jahr, für alle von uns“: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Generaldebatte im Bundestag.

FOTO: DPA

Parteien: „Die AfD ist für uns alle in diesem Haus eine Herausforderung“, sagte sie. „Wenn wir anfangen, uns sprachlich und tatsächlich an den zu orientieren, die an Lösungen nicht interessiert sind, verlieren wir am Ende die Orientierung.“

Genau diese Orientierungslosigkeit warf jedoch in der Debatte Katrin Göring-Eckardt der Regierung vor: „Diese Koalition ist eine Koalition des Chaos - jeder gegen jeden“, sagte die Grünen-Fraktionschefin. Die schlechten Wahlergebnisse der CDU im Nordosten seien dadurch entstanden, dass die Regierung den Eindruck mache, die Flüchtlingskrise entgegen Merksels Leitsatz „Wir schaffen das“ nicht bewältigen zu

können. Oppositionsführer Dietmar Bartsch warf dem Kabinett mangelnde Visionen vor: „Sie verwalten - und gestalten nicht“, kritisierte der Vorsitzende der Linksfraktion. Der soziale Zusammenhalt im Land sei gefährdet, Deutschland würde von der Angst regiert. Ein Jahr vor der Bundestagswahl die Koalition bereits am Ende, so Bartsch.

Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gab es Streit in der Großen Koalition: Vizekanzler Sigmar Gabriel und CSU-Chef Horst Seehofer hatten die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin für den Wahlerfolg der Alterna-

tive für Deutschland verantwortlich gemacht. Bei der Generaldebatte blieb die Kritik aus den Regierungsfractionen allerdings überraschend leise. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und sein Unionskollege Volker Kauder verzichteten auf harte gegenseitige Angriffe und verteidigten die Marschroute der Kanzlerin.

„Mit dem Integrationsgesetz haben wir einen großen Schritt nach vorne gemacht“, sagte Oppermann. Auch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei sei sowohl für die Flüchtlinge, die Türkei, Europa und am Ende auch für Deutschland „nützlich“, erklärte er.

**THEMA**  
des Tages

### Eckpunkte des Bundeshaushaltsplans 2017

Der Haushaltsentwurf von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht vor, dass ein **ausgeglichener Haushalt** mit der „schwarzen Null“ bis 2020 stehen soll - trotz der Mehrausgaben für Flüchtlinge. **Gesamtausgaben:** Unterm Strich sollen die Ausgaben im nächsten Jahr auf 328,7 Milliarden Euro klettern. Das sind rund 3,2 Milliarden Euro mehr als in den Haushaltseckwerten vom März. **Investitionen:** Der Bildungs- und Forschungsset erreicht 2017 laut CDU-Haushaltsexperte Eckhard Rehberg einen Rekordwert und ist

seit 2009 um über 70 Prozent gestiegen. Für klassische Verkehrsinvestitionen stünden im kommenden Jahr 12,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Für das schnelle Internet stünden 2017 bis 2020 rund vier Milliarden bereit. **Flüchtlingskosten:** Im geplanten Ausgaben-Plus für 2017 schlagen sich knapp 19 Milliarden Euro des Bundes zur Bewältigung der Zuwahl sowie zur Bekämpfung der Fluchursachen nieder. **Innere Sicherheit:** Die Ausgaben für Sicherheitsbehörden und Bundespolizei sollen 2017 gegenüber

dem Vorjahr um rund 253,5 Millionen Euro sowie fast 2000 neue Planstellen steigen. Zum Schutz gegen Wohnungseinbrüche wird das KfW-Programm zur Eigensicherung von jährlich zehn Millionen Euro auf 50 Millionen Euro aufgestockt. **Verteidigung:** Der Etat wird 2017 um 1,7 Milliarden auf rund 36,6 Milliarden Euro angehoben. **Sozialausgaben:** Der Etat von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) soll 2017 gegenüber dem noch geltenden Finanzplan um gut 5,7 Milliarden auf jetzt gut 138,66 Milliarden Euro steigen. (dpa)

### CSU bleibt im Streit um Erbschaftsteuer hart

Im Streit über die Reform der Erbschaftsteuer fordert die CSU die SPD zum Einlenken auf. Vor Beratungen des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat betonte Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU): „Für uns ist ganz klar: Wir wollen keine Steuererhöhung und keine Gefährdung der Arbeitsplätze.“ Die SPD-Länder und die Länder mit grüner Regierungsbeteiligung wollten „eine Totalrevision des beschlossenen Kompromisses“. „Das geht mit Bayern nicht, das lehnen wir ab“, sagte der CSU-Politiker am

Mittwoch. „Die Vorschläge, die Länder wie Nordrhein-Westfalen machen, laufen auf massive Steuererhöhungen und mehr Bürokratie auch für kleine und mittlere Betriebe hinaus. Das geht gar nicht“, betonte Söder. Das Bundesverfassungsgericht hatte bis Ende Juni eine Neuregelung vom Gesetzgeber verlangt. Die Spitzen von Union und SPD verständigten sich in letzter Minute auf Details. Der Bundestag billigte den Gesetzentwurf. Die Länder stellten sich jedoch quer und riefen im Juli den Vermittlungsausschuss an. (dpa)

## Letzte Ehre für Walter Scheel

Staatsakt für den verstorbenen FDP-Politiker - Merkel und Gauck nehmen Abschied

Von Rasmus Buchsteiner

BERLIN - „Sein“ Lied durfte nicht fehlen: Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr spielte am Mittwoch „Hoch auf dem gelben Wagen“ am Sarg von Walter Scheel. Jenes Stück, mit dem der frühere FDP-Politiker einst die Hitparaden gestürmt hat. Es war der Höhepunkt der militärischen Zeremonie nach dem Staatsakt für „Mr. Bundesrepublik“, wie er oft genannt wurde. Letzte Ehre für Alt-Bundespräsident Scheel, der am 24. August im Alter von 97 Jahren gestorben war.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ist gekommen, ihr Vorgänger Gerhard Schröder (SPD), die Alt-Bundespräsidenten Horst Köhler und Christian Wulff, Minister, Abgeordnete, liberale Wegbegleiter und Parteifreunde. Als der Sarg hinausgetragen wurde und das Korps Händels Trauermarsch spielte, hakte sich Scheel-Witwe Barbara, seine dritte Ehefrau, bei Bundespräsident Joachim Gauck und dessen Lebensgefährtin Daniela Schadt unter.

Mit Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Ex-FDP-Chef Wolfgang Gerhardt ließen



Scheel-Witwe Barbara schreitet - untergehakt bei Bundespräsident Gauck und dessen Lebensgefährtin - hinter dem Sarg her.

FOTO: AFP

drei seiner späteren Nachfolger die Stationen von Scheels politischem Weg Revue passieren. Gauck räumte ein: Die Vorstellung, ein Mensch von so liebenswürdiger Heiterkeit und so gewinnender Lässigkeit könne kein seriöses Staatsoberhaupt und kein ernstzunehmender Politiker sein, sei schwer zu korrigieren gewesen.

Aber Scheel sei eben auch ein „unnachgiebiger und zugleich geschickter Verhandler“ gewesen, von dem es hieß, er würde seine rheinische Frohnatur an der Garderobe ab-

geben, bevor er einen Konferenzraum betrete. Steinmeier hob die Weitsicht und den „außergewöhnlichen Mut“ Scheels hervor und würdigte ihn als „Brückenbauer“. Er habe den Weg zur Wiedervereinigung geebnet. Scheel, für Sozialdemokraten quasi der „Lieblings-Liberale“.

Am Nachmittag wurde Walter Scheel im Familienkreis auf dem Friedhof in Berlin-Zehlendorf beigesetzt - unweit des Grabes von Willy Brandt, mit dem er eng zusammengearbeitet hatte.

## Hartz-IV-Kürzung für unter 25-jährige Kinder zulässig

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

KARLSRUHE (dpa) - Der Staat darf Hartz-IV-Leistungen niedriger ansetzen, wenn der Empfänger in einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft von Familienangehörigen unterstützt wird. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Von Eltern und Kindern, die im selben Haushalt zusammenleben, kann ein gegenseitiges Einstehen erwartet werden, wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten Beschluss hervorgeht. (Az. 1 BvR 371/11)

Geklagt hatte ein Mann, der als 21-Jähriger weniger Hartz IV bekam, weil das Amt die Erwerbsunfähigkeitsrente seines Vaters zum Teil miterbückte. Er begründete seine Beschwerde damit, dass sein Vater ihm gar nicht zum Unterhalt verpflichtet sei. Aus Sicht der Karlsruher Richter geht es aber nicht um rechtliche Ansprüche, sondern um „die faktischen wirtschaftlichen Verhältnisse“. Wer alles zu einer „Bedarfsgemeinschaft“ gehört, ist im Zweiten Sozialgesetzbuch geregelt - beispielsweise der Ehepartner oder Lebensgefährtin. Kinder zählten ur-

sprünglich nur bis zum 18. Geburtstag dazu. 2006 wurde diese Grenze aber auf 25 Jahre angehoben, um keine falschen Anreize für den Auszug daheim zu setzen.

Die Verfassungsrichter überprüfen auch diese Regelung. Sie halten es für plausibel, dass Mütter oder Väter ihren arbeitslosen Kindern auch nach der Volljährigkeit nichts in Rechnung stellen und die meisten Kosten im Haushalt übernehmen. Weigern Eltern ihren Kindern die Unterstützung, müsse es aber ohne Nachteile bei den Hartz-IV-Leistungen möglich sein, von zu Hause ausziehen. Dem Beschluss zufolge darf der Gesetzgeber den Anspruch auf Sozialleistungen so ausgestalten, dass die Solidargemeinschaft möglichst geschont wird. In dem Fall habe der Vater, der im Monat 615 Euro Rente bekam, über „hinreichende Mittel“ verfügt, „um zur Existenzsicherung seines Sohnes beizutragen“. Der Sohn hatte 80 Prozent der Hartz-IV-Regelleistung bekommen. Das bewege sich innerhalb des Entscheidungsspielraums des Gesetzgebers.

## Kommentar

Von Marvin Weber



## Geschlossenheit ist gefordert

Das würde man im Sport Steherqualitäten nennen, wie Angela Merkel in der Generaldebatte des Bundestages mit Kampfgeist ihre Flüchtlingspolitik verteidigt hat. Die Kanzlerin behält trotz Kritik ihren Kurs bei, versucht ihre Marschroute nochmals genauer zu erklären.

Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wurde Merkel für den Erfolg der Alternative für Deutschland verantwortlich gemacht. Doch die Kanzlerin steht trotz der vielen Kritik auch aus eigenen Reihen zu ihrer Politik - manch anderer Politiker hätte bei so viel Gegenwind bereits kapituliert. Sie lässt keine Zweifel daran aufkommen, dass es richtig gewesen ist, so viele Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Und sie zeigt auf, dass die Parteien nun gemeinsam die Herausforderungen der letzten Regierungsetappe meistern müssen. Merkel forderte von ihren Kollegen, auf ihre Sprache zu achten, was eine deutliche Mahnung zur Geschlossenheit ist, um den „Zündern“ der AfD das Wasser abzugraben und ihnen nicht mit der Verbreitung von Ängsten in die Hände zu spielen.

Auch wenn dem Land mit der Integration der Flüchtlinge eine Mammutaufgabe bevorsteht: Merksls Haltung ist die weitaus bessere, als sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben und so bereits jetzt Bundestagswahlkampf zu betreiben. Das hat zum Glück nicht nur die Kanzlerin, sondern haben auch die Abgeordneten begriffen - Wahlkampf-töne fehlten in der Debatte.

marvin.weber@schwaebische.de